



Rathaus Umschau

Mittwoch, 24. Januar 2024

Ausgabe 017

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› Radentscheid: Weitere Projekte und deren Priorisierung beschlossen	3
› Stadt München tritt Transparency International bei	4
› Neue Multimedia-Reportagen über Schule und Kita	5
› Filmmuseum zeigt spanisches Drama „Atame – Fessle mich!“	6
Antworten auf Stadtratsanfragen	8
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Donnerstag, 25. Januar, 17 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus

Zum Neujahrsempfang „Europa und Internationales 2024“ begrüßt Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft, den Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Eric Beißwenger, sowie politische Vertretungen und Akteure aus Bayern und München.

Der Fachbereich Europa und Internationales im Referat für Arbeit und Wirtschaft lädt zu dem Empfang ein, um Münchens Engagement in Europa und der Welt vorzustellen. Dabei wird die Vernetzung von engagierten Initiativen und Institutionen mit Mitgliedern der Stadtverwaltung gefördert, die in EU-Projekten, globalen Projektpartnerschaften oder der Netzwerkarbeit Europa und Internationales tätig sind.

Achtung Redaktionen: Eine Teilnahme an der geschlossenen Veranstaltung ist möglich nach Akkreditierung per E-Mail bis heute, 24. Januar, 18 Uhr, an europa_und_internationales@muenchen.de.

Samstag, 27. Januar, 18 Uhr, Olympiapark

Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Clemens Baumgärtner, die Generalkonsulin des Staates Israel, Talya Lador-Fresher, sowie Doron Hemon, israelischer Wirtschaftsattaché, setzen zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts am Olympiaturm ein Zeichen der Solidarität mit Israel, verbunden mit der Forderung nach Freilassung aller Geiseln, die noch von der Hamas festgehalten werden.

Der Olympiaturm wird an diesem Tag von Einbruch der Dunkelheit bis 23 Uhr weithin sichtbar in den Farben Israels beleuchtet.

Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Foto- und Videoberichterstattung geeignet. Eine Anmeldung ist nötig bis Samstag, 27. Januar, 12 Uhr, per E-Mail an p.pohlmann@muenchen.de. Der genaue Treffpunkt wird mit der Akkreditierung bekanntgegeben.

Montag, 29. Januar, 14 Uhr, dm-Markt Hauptbahnhof, Arnulfstraße 2

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des dm-Markts am Münchner Hauptbahnhof kassiert Bürgermeisterin Verena Dietl eine Stunde für den guten Zweck. Die Einnahmen der Spendenaktion werden vom dm-Team aufgerundet und an die Münchner Tafel gespendet.

Montag, 29. Januar, 16.30 Uhr, Rathaus, Zimmer 200

Bürgermeisterin Verena Dietl überreicht die Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ an Dr. Corina Toledo, die für ihre Verdienste um die Themen Gleichberechtigung, demokratische Teilhabe, Antirassismus, Antidiskriminierung, Diversität und Ermächtigung von Randgruppen durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit in der Initiative „frau-kunst-politik“ ausgezeichnet wird.

Montag, 29. Januar, 18 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus

Bürgermeisterin Verena Dietl und die Vorsitzende des Münchner Migrationsbeirats, Dimitrina Lang, sprechen beim Jahresempfang für den Migrationsbeirat ein Grußwort.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 31. Januar, 19.30 Uhr, Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen-Am Hart).

Meldungen

Radentscheid: Weitere Projekte und deren Priorisierung beschlossen

(24.1.2024) Der Mobilitätsausschuss des Stadtrats hat heute über die Fortführung der weiteren Projekte des Bürgerbegehrens „Radentscheid München (REM)“ sowie über deren Priorisierung und Bearbeitung entschieden. Das Mobilitätsreferat war zuvor damit beauftragt worden, jene REM-Maßnahmen prioritär umzusetzen, die am schnellsten und effektivsten mehr Verkehrssicherheit ermöglichen, und dem Stadtrat auch vergleichsweise einfache, kostengünstige Maßnahmen vorzuschlagen. Entsprechend wurde heute beschlossen, dass dem Stadtrat konkrete Planungen für temporäre Zwischenlösungen abschnittsweise für die Gebtsattelstraße und die Schwanthalerstraße zur Entscheidung vorgelegt werden.

Darüber hinaus wird das Mobilitätsreferat in den Planungen und künftigen Beschlüssen zu den einzelnen REM-Maßnahmen detaillierter auf die Themen „Priorisierung“, „Schnelligkeit“, „Verkehrssicherheit“ und „Kosten und Finanzierung“ eingehen und dabei verstärkt auch temporäre Lösungen oder Radwege auf Fahrbahnniveau prüfen. Auch die Gesamtkosten von Maßnahmen werden künftig ausführlicher aufgeschlüsselt.

Auch weiterhin wird bei den Planungen der REM-Maßnahmen ein integrierter Ansatz unter dem Motto „Planungen für alle“ verfolgt, wobei keine Einzelinteressen, sondern die Bedürfnisse der gesamten Stadtgesellschaft sowie die Ziele der Verkehrswende, des Klimaschutzes und der Vision Zero berücksichtigt werden. Entsprechend fließen in die REM-Planungen seit jeher die Belange anderer Verkehrsarten, des Stadtgrüns sowie Themen wie Aufenthaltsqualität, Barrierefreiheit und Stärkung des Umweltverbunds ein. Bürgermeister Dominik Krause: „Wir brauchen mehr Tempo bei der Umsetzung des Radentscheids. Temporäre Zwischenlösungen sind ein Weg, um schneller Verbesserungen für den Radverkehr auf die Straße zu bringen. Gabsattelstraße und Schwanthalerstraße bieten sich an, denn dort sind Lösungen für den Radverkehr überfällig. Ich hoffe, dass es mit einem neuen, pragmatischen Spirit gelingt, das Radeln in München schnell zu verbessern.“

Stadt München tritt Transparency International bei

(24.1.2024) Die Stadt München wird Mitglied bei Transparency International Deutschland e.V. Die Aufnahmeentscheidung des Vorstands basiert auf einer breiten politischen Mehrheit im Stadtrat und auf der langjährigen erfolgreichen Antikorruptionsarbeit der Stadtverwaltung. Transparency Deutschland bietet Kommunen eine korporative Mitgliedschaft an, wenn sie sich besonders gegen Korruption engagieren.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Ich freue mich über die Entscheidung von Transparency International Deutschland e.V., die Landeshauptstadt München als korporatives kommunales Mitglied aufzunehmen. Die Münchner Stadtverwaltung hat seit mehr als 20 Jahren eine zentrale Antikorruptionsstelle, die eng mit allen städtischen Referaten und Eigenbetrieben zusammenarbeitet. Das Ziel ist es, korruptionsanfällige Strukturen zu beseitigen und das öffentliche Vertrauen in die städtischen Institutionen zu stärken. Die Münchnerinnen und Münchner können sich auf die Verwaltung der Landeshauptstadt verlassen und darauf vertrauen, dass wir professionell und objektiv mit ihnen umgehen. Unsere Mitgliedschaft bei Transparency Deutschland ist ein weiterer Garant dafür.“

Die Mitgliedschaft bei Transparency International ist ein weiterer wichtiger Baustein für die erfolgreiche Antikorruptionsarbeit der Stadt und fördert den fachlichen Austausch mit anderen kommunalen Mitgliedern. So können Erfahrungen und Beispiele zur Korruptionsprävention auf kommunaler Ebene ausgetauscht und verbreitet werden, was sowohl im Interesse der Kommunen als auch von Transparency Deutschland liegt.

Die zentrale Antikorruptionsstelle der Stadt München ist für alle Bürger*innen und städtischen Beschäftigten gleichermaßen anonym über die kostenfreie Telefonnummer 0800-233-1233 und per E-Mail an antikorrupsions-

stelle@muenchen.de erreichbar. In diesem Jahr wird zudem ein digitales Hinweisgebersystem eingeführt, über das Hinweise bei Korruptionsverdacht im Zusammenhang mit Beschäftigten der Landeshauptstadt München unkompliziert auch digital und anonym abgegeben werden können.

Neue Multimedia-Reportagen über Schule und Kita

(24.1.2024) Jedes Jahr werden in München neue Schulen und Kitas fertig. Einige ausgewählte Projekte können die Münchner*innen seit dem Startschuss im letzten Jahr unter www.muenchen.de/neue-schulen-und-kitas in Online-Multimedia-Reportagen kennenlernen. Zwei neue Bildungseinrichtungen sind nun zum Welttag der Bildung auf der Website hinzugekommen: die Grundschule Hermine-von-Parish-Straße sowie das Haus für Kinder in der Infanteriestraße.

Die Grundschule Hermine-von-Parish-Straße in Pasing wurde wie alle neuen Münchner Schulen als Ganztagschule nach dem Münchner Lernhauskonzept gebaut. Die Klassenzimmer gruppieren sich um den so genannten Marktplatz in der Mitte. Dort haben die Kinder viel Platz zum Lernen, Pause machen, für Spiel und Bewegung – optimale Voraussetzungen für die Kooperative Ganztagsbildung, die dort seit dem letzten Schuljahr angeboten wird. Neben diesem Thema ist in der Multimedia-Reportage unter anderem auch ein faszinierendes Zeitraffervideo des Baureferats vom Baubeginn bis zur Fertigstellung der Schule zu sehen – und natürlich Schulmaskottchen „Hermi“.

Das Haus für Kinder in der Infanteriestraße im urbanen Kreativquartier in Schwabing-West ist nicht zuletzt als bilinguale Elysée-Kita und durch die bauliche Integration in die benachbarte Grundschule etwas Besonderes. Die Kita-Kinder können also einige Jahre später direkt nebenan in die Schule gehen, die sie schon kennen. Ausführlich in der Reportage zu Wort kommen auch das Münchner Eingewöhnungsmodell mit der Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Kindern sowie das Gartenbau-Projekt im Kita-eigenen Garten mit Hochbeeten.

In den nun bereits sechs Multimedia-Reportagen auf der Website wird erlebbar, wie Schule und Kita heute aussehen und sich anfühlen. Texte und Bildergalerien, Videointerviews, Film- und Audiosequenzen gehen dabei fließend ineinander über. Man kann die Reportagen von Anfang bis Ende durchscrollen – oder je nach Interesse an beliebigen Punkten einsteigen. Zu Wort kommen vor allem diejenigen, für die die Einrichtungen entstanden sind: Kinder und Eltern sowie die Lehrkräfte und Erzieher*innen, die dort arbeiten.

Stadtschulrat Florian Kraus: „Ich freue mich, dass wir am heutigen Welttag der Bildung der Öffentlichkeit zwei weitere Multimedia-Reportagen über unsere Bildungseinrichtungen vorstellen können. Bildung ist der Schlüssel

für Teilhabe. Ob es um die Umsetzung des Lernhauskonzeptes im Rahmen unserer Schulbauoffensive geht, um den Ausbau der Kooperativen Ganztagsbildung oder die Infrastruktur zur frühkindlichen Förderung: Wir wollen erreichen, dass jedes Kind die gleichen Bildungschancen erhält, unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft oder ökonomischen Voraussetzungen.“

Die einzelnen Multimedia-Reportagen sind direkt unter <https://multimedia.muenchen.de/die-grundschule-hermine-von-parish-strasse> sowie <https://multimedia.muenchen.de/das-haus-fuer-kinder-in-der-infanterie-strasse> abrufbar.

Die Multimedia-Reportagen wurden vom Referat für Bildung und Sport in Zusammenarbeit mit der Portalgesellschaft muenchen.de entwickelt. Die Landeshauptstadt München stemmt das größte kommunale Bildungsbauprogramm in Deutschland. Das Gesamtvolumen liegt insgesamt bei 8,675 Milliarden Euro für die Schulbauprogramme sowie 520 Millionen Euro für die Kitas. Zuletzt wurde im Dezember das 5. Schulbauprogramm beschlossen, mit dem sieben weitere Schulbauprojekte an acht Schulen umgesetzt und zirka 4.600 Schulplätze neu entstehen werden. Hintergrundinformationen zur Münchner Schulbauoffensive finden sich unter www.muenchen.de/schulbauoffensive.

Filmuseum zeigt spanisches Drama „Atame – Fessle mich!“

(24.1.2024) Als ersten Film des neuen Jahres in der Staffel „Film und Psychoanalyse“ zeigt das Filmmuseum München, St.-Jakobs-Platz 1, am Sonntag, 28. Januar, 17 Uhr, das spanische Drama „Atame – Fessle mich!“ von Pedro Almodóvar in der spanischen Originalfassung mit englischen Untertiteln. Unter dem Motto „Begehren@Illusion“ diskutiert die Psychologin Katharina Leube-Sonnleitner den Film mit dem Publikum.

Darf, kann man diesen Film in Zeiten von #metoo noch oder wieder zeigen? Ein junger, ungestümer Mann fesselt die Frau, die er liebt, gewaltsam ans Bett, um sie für sich zu gewinnen, wie er ihr treuherzig erklärt. Schon zu seiner Entstehungszeit polarisierte der Film Teile des Publikums, das sich in seinen Erwartungen an Almodóvars „starke Frauen“ enttäuscht sah, so das Filmmuseum. Dabei wurde vielfach übersehen, um welchen zärtlichen Liebesfilm es sich hier handelt, dass Victoria Abril in der Rolle der Marina keineswegs eine schwache, wehrlose Frau ist, und wie virtuos hier Fragen von Sexualität, Erotik und Gewalt bildlich dargestellt werden. Es handelt sich nicht um die Verherrlichung einer sadomasochistischen Beziehung, so ein häufig geäußelter Vorwurf, sondern der Film zeigt durch die konkrete Fesselung die metaphorischen Fesseln der Liebe auf. Dass sich dabei die Rollen von unterwerfener Frau und dominantem Mann spielerisch in ihr Gegenteil verkehren, Komödie und Melodram kunstvoll mitei-



inander verbunden werden, gelacht werden darf und das Happy End einen Mann unter dreifachem weiblichen Pantoffel zeigt, macht außerdem den ungemainen Reiz dieses frühen Meisterwerks von Pedro Almodóvar aus. Der Eintritt kostet 4 Euro beziehungsweise 3 Euro bei Mitgliedschaft im Förderverein MFZ. Kartenvorverkauf ist online oder an der Abendkasse möglich, die 60 Minuten vor Vorstellungsbeginn öffnet. Es gibt keine Reservierungen. Das Kino des Filmmuseums ist rollstuhlgerecht zugänglich und mit einer Induktionsschleife für Hörgeschädigte ausgestattet.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 24. Januar 2024

Schwimmen lernen? Mit Sicherheit! – II

Aufklärungskampagne, um das Schlimmste zu verhindern

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Manuel Pretzl und Sebastian Schall (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 30.6.2023

Aggressives Betteln im Straßenverkehr – was unternehmen die Sicherheitsbehörden?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Evelyne Menges und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 2.11.2023

Kampagne zum Personenstandsrechtsänderungsgesetz in die Stadt tragen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 7.11.2023

Schwimmen lernen? Mit Sicherheit! – II **Aufklärungskampagne, um das Schlimmste zu verhindern**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Manuel Pretzl und Sebastian Schall (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 30.6.2023

Antwort Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gradl:

Vielen Dank für Ihren Antrag vom 30.6.2023.

Der Antrag lautet wie folgt: *„Die Landeshauptstadt München startet eine Aufklärungskampagne, um die Bürgerinnen und Bürger Münchens auf die vielfältigen Gefahren auf und in Badegewässern/Seen aufzuklären. Dazu soll eine Abstimmung mit der Bayerischen Wasserwacht und der Deutschen-Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) erfolgen.“*

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Ich bitte vorab die verspätete Beantwortung zu entschuldigen. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mitzuteilen:

Eine der Hauptgefahren beim Schwimmen ist, neben der fehlenden Beherrschung der Schwimmtechnik und der Fehleinschätzung eigener Kompetenzen auch die Unkenntnis bis hin zur Sorglosigkeit bei der Benutzung öffentlicher Badegewässer und Seen.

Präventiv handelt hier die Landeshauptstadt über den Schulschwimmunterricht. Verbände wie die DLRG oder die Wasserwacht des BRK agieren über Lehraktionen, wie das Angebot der Erlangung eines Schwimmabzeichens. Wir verweisen diesbezüglich auf die Antworten des Referats für Bildung und Sport zu Ihren weiteren Anträgen aus dem Paket „Schwimmen lernen? Mit Sicherheit I-IV“.

Im Gegensatz zu Schwimmbädern, die über gut ausgestattete Notfallmaßnahmen verfügen, können Badegewässer und Seen unvorhersehbare Bedingungen aufweisen, wie plötzliche Strömungen, tiefe Unterwasserhindernisse und unklare Sichtverhältnisse. Diese Faktoren erhöhen das Risiko von Unfällen und erschweren die rechtzeitige Rettung von in Not geratenen Schwimmer*innen. Entsprechend begegnet die Stadtverwaltung in

Zusammenarbeit mit Rettungsverbänden diesen Gefahren mit umfangreichen Maßnahmen.

Die Badeseen in den Naherholungsgebieten der Landeshauptstadt München sind während der Badesaison mit Rettungsdiensten der Wasserwacht bzw. der DLRG besetzt. Zusätzlich werden an allen Badeseen an geeigneten Stellen Rettungsringe mit Seil bereitgestellt und durch das Baureferat (Gartenbau) regelmäßig auf Funktion und Vollständigkeit überprüft und unterhalten.

Im Riemer See sind die für Nichtschwimmer*innen geeigneten Flachwasserbereiche durch Leinen und Bojen von tieferen Wasserbereichen abgegrenzt.

Zu Beginn der Badesaison 2023 wurden an allen städtischen Badeseen insgesamt 29 bestehende Notrufsäulen durch moderne solarbetriebene Notrufsäulen ersetzt. Diese sind rund um die Uhr einsatzbereit und senden bei der Nutzung die Standortdaten an die zuständige Wasserrettungsstation bzw. an die nächste Leitstelle der Branddirektion.

Darüber hinaus hat die Landeshauptstadt per Bade- und Bootverordnung das Baden auf bestimmte Gewässerstellen beschränkt. Einsehbar sind diese Gebiete über das Digitalangebot des Klima- und Umweltreferats, dem „Isar-Portal“¹. Das breite Informationsangebot im Internet² wird ergänzt durch Bekanntgabe aktueller Gefahrenlagen³.

Online findet sich hinsichtlich der Aufklärung und damit der Gefahrenprävention weiteres Informationsmaterial. Beispielhaft genannt sei das umfangreiche Angebot der DLRG⁴, dort sind die Informationen teilweise auch kindgerecht aufbereitet. Seitens des Kreisverwaltungsreferats informiert der Rettungsdienst der Branddirektion durch Interviews in der Presse und Aktionen in sozialen Netzwerken⁵ über die mit dem Baden verbundenen Gefahren. Angesichts der Intention des Antrages fasst das KVR dies auch für die kommende Badesaison ins Auge. Eine darüberhinausgehende Aufklärungskampagne ist angesichts des bereits bestehenden vielfältigen Angebots nicht angezeigt.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist

¹ <https://geoportal.muenchen.de/portal/isar/>

² <https://stadt.muenchen.de/infos/isar.html> und <https://stadt.muenchen.de/service/info/badeseen/10313225/n0/>

³ beispielhaft <https://ru.muenchen.de/2023/132/Gefahrenhinweis-zum-Baden-und-Bootfahren-in-und-auf-der-Isar-108101>

⁴ <https://www.dlrg.de/informieren/freizeit-im-wasser/>

⁵ <https://www.facebook.com/watch/?v=1820146664715334>

Aggressives Betteln im Straßenverkehr – was unternehmen die Sicherheitsbehörden?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Evelyne Menges und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 2.11.2023

Antwort Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gratl:

Vielen Dank für Ihre Anfrage vom 2.11.2023, in der Sie Folgendes ausführen:

„Immer häufiger kommt es zu aggressivem Betteln im Münchner Straßenraum, teilweise im sich stauenden Verkehr oder während der Rotphasen an den Ampeln. Zu solchen Vorkommnissen kam es unserer Kenntnis nach z.B. an der Kreuzung Baldeplatz sowie an verschiedenen Ampeln, insbesondere mit Mittelinseln, am Mittleren Ring. Diese Art des Bettelns gefährdet nicht nur die Bettelnden, sondern alle anderen Verkehrsteilnehmer ebenso, welche durch die Präsenz und die unberechenbaren Bewegungsabläufe der Personen irritiert werden.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen in Abstimmung mit dem Polizeipräsidium München Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Sind den Sicherheitsbehörden solche Vorgänge bekannt?

Antwort:

Sowohl dem Kreisverwaltungsreferat als auch dem Polizeipräsidium München sind solche Vorgänge vereinzelt bekannt. Dem Kreisverwaltungsreferat wurden einzelne derartig gelagerte Vorfälle in Bereichen von stark frequentierten Kreuzungen durch Mitteilungen von Bürger*innen oder der Polizei bekannt.

Im Präsidiumsbereich des Polizeipräsidiums München werden auf Mitteilung von Verkehrsteilnehmer*innen vereinzelt bettelnde Personen gemeldet, welche sich bei Rotphasen auf die Straße begeben und Fahrzeuglenker*innen anbetteln. Die Bettler*innen werden zumeist an größeren Straßen, wie dem Mittleren Ring, festgestellt.

Frage 2:

Sind weitere Stellen in der Stadt bekannt, an denen diese Form des Bettelns betrieben wird?

Antwort:

Dem Kreisverwaltungsreferat sind in den vergangenen zwei Jahren insbesondere folgende Örtlichkeiten im o. g. Zusammenhang bekanntgeworden, von denen die überwiegende Anzahl der Vorfälle auf eine Person zurückgeführt werden kann:

- Kreuzung Donnersbergerbrücke/Landsberger Straße bzw. Arnulfstraße
- Kreuzung Moosacher Straße/Schleißheimer Straße
- Kreuzung Vogelweideplatz/Einsteinstraße
- Kreuzung Landshuter Allee/Dachauer Straße
- Kreuzung Tegernseer Landstraße/Grünwalder Straße
- Kreuzung Ingolstädter Straße/Frankfurter Ring
- Kreuzung Schleißheimer Straße/Frankfurter Ring bzw. Moosacher Straße bzw. Motorstraße
- Kreuzung Petuelring/Belgradstraße
- Kreuzung Candidstraße/Grünwalder Straße
- Kreuzung Lerchenauer Straße/Georg-Brauchle-Ring
- Kreuzung Frankfurter Ring/Knorrstraße

Das Polizeipräsidium München konnte bettelnde Personen insbesondere im Bereich von größeren Straßen, wie dem Mittleren Ring, feststellen (siehe auch Antwort zu Frage 1).

Frage 3:

Kam es in der Vergangenheit zu Unfällen, ausgelöst durch bettelnde Personen?

Antwort:

Im Kreisverwaltungsreferat sind keine derartigen Unfälle bekannt.

Das Polizeipräsidium München teilte mit, dass eine gezielte Recherche nach Verkehrsunfällen mit Beteiligung von „Bettlern“ im Verkehrsunfall-Verfahren Bayern nicht möglich ist. Eine Freitextrecherche ergab im Bereich des Polizeipräsidiums München keinen Treffer.

Frage 4:

Wie stellt sich die rechtliche Situation dar und was unternehmen die Sicherheitsbehörden, um dieser Gefährdung entgegenzuwirken?

Antwort:

Aggressives bzw. verkehrlich hinderndes Betteln unterliegt nicht dem Gemeingebrauch von öffentlichen Straßenflächen und stellt daher im ge-



samten Stadtgebiet einen Verstoß gegen Art. 18 Abs. 1 Satz 1 Bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) und damit eine Ordnungswidrigkeit dar. Die Polizei kann bei derartigen Verstößen einzelfallabhängig Ordnungswidrigkeitenanzeigen erstellen und diese an die Bußgeldstelle weitergeben (Art. 66 Nr. 2 BayStrWG).

Liegen konkrete Anhaltspunkte vor, dass einzelne Personen im Straßenverkehr vermehrt und wiederkehrend aggressiv betteln und dadurch eine konkrete Gefährdung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht, kann das Kreisverwaltungsreferat sicherheitsrechtliche Bescheide erlassen, mit denen einzelnen Personen zeitlich befristet der Aufenthalt in bestimmten Bereichen (z. B. an bestimmten Kreuzungen) untersagt wird. Verstöße gegen solch ein erlassenes Aufenthaltsverbot werden grundsätzlich mit Zwangsgeld geahndet.

Darüber hinaus werden nach Mitteilung des Polizeipräsidiums München entsprechende polizeiliche Maßnahmen getroffen, sollten bettelnde Personen angetroffen werden und diese gegen Rechtsvorschriften verstoßen haben.

In der Vergangenheit wurden beispielsweise Ordnungswidrigkeitenanzeigen, Platzverweise und Bußgeldbescheide erlassen.

Kampagne zum Personenstandsrechtsänderungsgesetz in die Stadt tragen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 7.11.2023

Antwort Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gratl:

In Ihrem Antrag vom 7.11.2023 fordern Sie, dass das Kreisverwaltungsreferat beauftragt wird, die Kampagne der Bundesregierung nicht nur in der Rathaus Umschau und im städtischen Netz zu bewerben, sondern eine stadtweite, niederschwellige, mehrsprachige Kampagne (z.B. mittels der Screens im öffentlichen Nahverkehr im öffentlichen Nahverkehr und anderer analoger Werbeflächen) umzusetzen.

Die Begründung Ihres Antrags lautet:

„In der Stellungnahme des Migrationsbeirats zur Personellen Aufstockung aufgrund der Umsetzung der Änderungen im Personenstandsrecht wurde darum gebeten, diese Änderungen in einer stadtweiten, mehrsprachigen Kampagne zu verbreiten. Laut Auskunft der Kreisverwaltungsreferentin im Kreisverwaltungsausschuss vom 24.10.2023 wird es seitens des Bundes eine Informations- und Werbekampagne zu den Neuerungen und Änderungen im Personenstandsgesetz geben. Damit diese auch möglichst breit in die Stadt getragen wird, müssen hierfür alle Werbeflächen (analog und digital) genutzt werden. Sollte also die Kampagne des Bundes nicht breit genug streuen, wird das KVR hiermit ergänzend beauftragt, sich um eine entsprechende weitere Verbreitung und ggf. mehrsprachige Umsetzung dieser oder einer ähnlichen, eigenen Kampagne zu kümmern.“

Entgegen der Überschrift und den Ausführungen in Ihrem Antrag gehen wir davon aus, dass Ihr Antrag nicht die Umsetzung des Personenstandsgesetzes, sondern die Kampagne der Bundesregierung in Bezug auf die geplanten Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht betrifft.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Stadtrat ist für die Erledigung von Gegenständen zuständig, für die nicht der Oberbürgermeister zuständig ist. Dem Oberbürgermeister obliegt die Besorgung der laufenden Angelegenheiten, die für die Stadt keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen, § 22 Abs. 1 GeschO und Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr.1 GO.

Gegenstand Ihres Antrages ist somit eine laufende Angelegenheit im Sinne von Art. 37 Abs.1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO weshalb eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Bei der geplanten Kampagne der Bundesregierung zum neuen Staatsangehörigkeitsgesetz handelt es sich um eine Informationskampagne. Es wird von Seiten der Bundesregierung im Internet auf einer Website sowie durch Broschüren und Flyer weitläufig informiert werden. Derzeit ist noch offen und in Prüfung, ob in Ballungsgebieten auch auf Screens, beispielsweise in U-Bahnen, Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Das Kreisverwaltungsreferat wird darüber hinaus eigenständig und proaktiv über die geplanten Änderungen informieren.

So werden die bestehenden Hinweise auf der Internetseite unter www.einbuengerung-muenchen.de bei Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsrechts aktualisiert.

Über die Änderungen im Staatsangehörigkeitsgesetz und die entsprechende Umsetzung in der Verwaltung werden die Multiplikator*innen im Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht (z.B. Rechtsanwaltschaft, NGOs, Verbände) im Rahmen einer Informationsveranstaltung im ersten Quartal 2024 informiert. Zusätzlich wird mittels Newsletter auf die rechtlichen Änderungen hingewiesen.

Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde in anderen Bereichen verweisen im Rahmen der Sachbearbeitung bei Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen der Voraussetzungen auch auf die Möglichkeit der Einbürgerung.

Einbürgerungsbewerber*innen werden im direkten Kontakt auf die geänderten Voraussetzungen hingewiesen. Dies betrifft sowohl bereits bestehende als auch neu gestellte Anträge. Auch ist eine Vorabprüfung der benötigten Voraussetzungen für die Einbürgerung online möglich.

Das Kreisverwaltungsreferat geht davon aus, dass die angekündigte Informationskampagne des Bundes und die zusätzlichen Informationsangebote der Ausländerbehörde ausreichend sind und wird ggf. bedarfsgerecht nachsteuern.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit erledigt ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Mittwoch, 24. Januar 2024

Tagesordnung der Bezirksausschüsse an zentralen Halte- Stellen der MVG aushängen

Antrag Stadträtin Alexandra Gaßmann (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

MVG: Fahrzeugbedarf decken – Kosten senken: Verschrot- tungsstopp für U-Bahn-Wagen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Gebiete der städtischen Grünanlagen auf städtischer Inter- netseite anzeigen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Schlagloch-Pisten – Die neue Masche der Stadt, um Auto- fahrer auszubremsen?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Professor Dr. Jörg Hoffmann, Gabriele Neff, Richard Progl und Fritz Roth (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion)

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



24.01.2024

Tagesordnung der Bezirksausschüsse an zentralen Haltestellen der MVG aushängen

An zentralen Haltestellen von Bus, Tram und, wo bislang nicht geschehen, U-Bahn in den jeweiligen Stadtbezirken sollen in den Fahrgastunterständen bzw. an den Bahnsteigen die jeweils aktuellen Tagesordnungen der Bezirksausschüsse ausgehängt werden. Ein aufgedruckter QR-Code leitet zu weiterführenden Informationen der Bezirksausschüsse auf muenchen.de.

Begründung

An den Haltestellen warten die Fahrgäste oftmals einige Minuten auf Bus, Tram oder U-Bahn und informieren sich über Streckenführung, geplante Baustellen oder auch einen Schienenersatzverkehr. Dieses Informationsangebot sollte um die Tagesordnung der örtlichen Bezirksausschüsse und einen Verweis auf die Informationsangebote im Internet ergänzt werden, um die Bürgerinnen und Bürger niederschwellig über aktuelle lokale Themen und Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren.

Alexandra Gaßmann

Stadträtin

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 24.01.2024

Antrag:

MVG: Fahrzeugbedarf decken – Kosten senken: Verschrottungsstopp für U-Bahn-Wagen

Die Stadtwerke München GmbH (SWM) und ihre Tochter Münchner Verkehrsgesellschaft GmbH (MVG) werden aufgefordert, die massenhafte Verschrottung funktionsfähiger U-Bahn-Wagen sofort zu stoppen.

Dem Stadtrat wird dargestellt:

- a) wie viele Wagen, aufgeschlüsselt nach Baureihen A, B, C1 und C2, besitzt die MVG derzeit,
- a) wie viele Wagen welchen Typs sind aktuell „abgestellt“,
- b) wie viele Wagen welchen Typs sind im Jahr 2023 (und ggf. schon 2024) verschrottet worden,
- c) wie viele Wagen welchen Typs sind derzeit betriebsfähig und im Einsatz,
- d) wie viele Wagen sind im Jahr 2024 für den fahrplanmäßigen Einsatz erforderlich und vorgesehen und wie viele Wagen werden darüber hinaus für außerplanmäßige Einsätze, z.B. für Großveranstaltungen wie Fußballspiele, Konzerte, etc. vorgehalten und wie viele Wagen als Betriebsreserve, z.B. für defekte oder in der Werkstatt befindliche Fahrzeuge,
- e) um wie viele Wagen erhöht sich der Bedarf bis 2030, um zusätzliche Anforderungen wie U-Bahn-Nachtlinien, Erhöhung des ÖPNV-Anteils auf 30% gemäß Stadtratsbeschlüssen, Taktverdichtungen und die U-Bahn-Verlängerung nach Pasing ab ca. 2030 zu realisieren.

Dem Stadtrat wird dargestellt,

welche Kosten entstehen den Verkehrsbetrieben, der Landeshauptstadt München und dem Steuerzahler für eine Anpassung eines Langzuges aus A-Wagen an die ab 2025 zwingend aus Brandschutzgründen und ggf. weiteren technischen Gründen einzuhaltenden Vorgaben und welche Kosten entstehen im Vergleich dazu für die Neubeschaffung eines C2-Langzuges?

Begründung:

Auf einer offenbar privat gepflegten Liste im Internet ist eine „Wagenparkliste Münchener Verkehrsgesellschaft mbH“ mit Stand 22.06.2023 veröffentlicht. Daraus ergibt sich, dass im Unterschied zu früheren Jahren, in denen gelegentlich mal ein Unfall-Wagen verschrottet wurde, allein im ersten Halbjahr 2023 19 Doppeltriebwagen der U-Bahn verschrottet wurden.¹

Auf der anderen Seite erreichten den Stadtrat und die Öffentlichkeit im zweiten Halbjahr 2023 wiederholt Mitteilungen der MVG, dass aufgrund Fahrzeugmangels fahrplanmäßig vorgesehene Fahrten entfallen und politisch geforderte Angebotsverbesserungen nicht erfolgen können. Beispielsweise teilte die MVG mit Pressemitteilung vom 06.10.2023 mit, dass die U7 bis auf Weiteres aufgrund eingeschränkter Verfügbarkeit von U-Bahnzügen nur verkürzt verkehren könne² und in einer Beschlussvorlage für den Stadtrat vom 30.11.2022 wird zu einer verbesserten Bedienung der Linie U4 mitgeteilt „Es stehen einerseits noch nicht ausreichend

¹ https://www.tram-info.de/wagenp/muenchen_u.php

² <https://www.mvg.de/ueber/presse-print/presse-meldungen/2023/oktober/U7-verkuerzt.html>

Wagen zur Verfügung ...“ und „Auf Basis des heutigen Fuhrparks ist eine Verlängerung der U4 bis Laimer Platz nicht möglich.“³

Fahrzeugverschrottung bei Fahrzeugmangel ist ein offenkundig schizophrones Vorgehen. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage der Verantwortlichkeit. Hat jemand ein Interesse daran den Fuhrpark gezielt zu verkleinern, um die Vorgaben und Wünsche der Politik zur Verkehrswende auszuhebeln? Wer betreibt hier seine private Politik gegen die demokratisch gewählten Politikerinnen und Politiker im Stadtrat und den Bezirksausschüssen?

Die Stadtverwaltung hat mit Sitzungsvorlage „Zwischenbericht Nahverkehrsplan“ für den Mobilitätsausschuss vom 09.12.2020 mitgeteilt: „Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat sich in den vergangenen Jahren verschiedene Zielsetzungen für die Verschiebung des Modal-Splits hin zum Umweltverbund gesetzt. Zum einen wurde im Jahr 2017 beschlossen, bis zum Jahr 2025 80% der Wege im Umweltverbund inkl. E-Pkw zurückzulegen (vgl. Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 25.01.2017, „Luftreinhalteplan München, Entscheidungen Bayerisches Verwaltungsgericht München; Sachstand und weiteres Vorgehen“ -RIS-Sitzungsvorlagen-Nr.: 14-20 / V 07383), ferner 30% der Wege im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)(ÖV30) als Empfehlung aus den Qualitätsstandards des NVP mit Stadtratsbeschluss vom 19.02.2020. Dieser 30%-Anteil des ÖPNV (ÖV30) an der Gesamtzahl der Wege wurde als ambitioniertes Etappenziel bis 2030 gesetzt. Allein aus der Zielvorgabe ÖV30 resultiert, dass bis 2030 ca. 50% mehr Fahrgäste im ÖPNV befördert werden müssen.“⁴

Perspektivisch soll zudem nicht nur das Angebot im U-Bahn-Bestandsnetz verbessert werden, sondern zudem das U-Bahn-Netz ausgebaut werden, zuerst bis Pasing Anfang der 2030er Jahre,⁵ danach nach Freiham. Allein dafür werden nach Angaben der MVG elf zusätzliche Langzüge, also bei einem Standardzug aus sechs Wagen demnach 66 Wagen, benötigt.⁶

Natürlich kann man theoretisch A-Wagen verschrotten und als Ersatz dafür C-Wagen beschaffen. Nur ist das ein teures Vergnügen. Im Wirtschaftsplan der Stadtwerke München ist in den 2020er Jahren die Neu-Beschaffung von U-Bahn-Wagen mit durchschnittlich einem hohen zweistelligen Millionenaufwand in jedem Jahr der mit Abstand größte Investitionskostenfaktor, teurer als alle Tram-Neubaustrecken zusammengerechnet. Das ist bei einem von der MVG bereits angekündigten Einsparbedarf von derzeit 2,7 Milliarden Euro⁷ nicht zu leisten.

Für das Ziel den ÖPNV-Anteil am Modal-Split von 24% im Jahr 2017 auf 30% im Jahr 2030 zu steigern sind nach tz-Bericht 40 zusätzliche U-Bahn-Züge notwendig, also umgerechnet 240 Wagen.⁸ Am Jahresende 2022 besaß die MVG genau 244 U-Bahn-Wagen der Baureihe A, nach Bericht des Trambahn-Journals⁹, und die werden seit 2023 nun massenhaft verschrottet. Dadurch müssen dann auf Kosten von Fahrgästen und Steuerzahlern für Hunderte von Millionen neue Wagen der Baureihe C beschafft werden, was nach aktueller Haushaltslage nicht zu leisten ist, oder die Angebotsausweitung kann nicht erfolgen. Stoppt diesen Irrsinn!

³ Sitzungsvorlage 20-26 / V 06891, S. 13: <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/7220108?dokument=v7433923>

⁴ Sitzungsvorlage 20-26 / V 01848, S. 2 – 3: <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/6278313?dokument=v6366980>

⁵ <https://stadt.muenchen.de/infos/u-bahn-bau-u5.html>

⁶ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-u-bahn-u5-freiham-baureferat-dieter-reiter-kosten-1.6159483?reduced=true>

⁷ <https://www.tz.de/muenchen/stadt/mvg-streicht-milliarden-euro-zusammen-verkehrswende-vor-dem-aus-92686748.html>

⁸ <https://www.tz.de/muenchen/stadt/mvg-streicht-milliarden-euro-zusammen-verkehrswende-vor-dem-aus-92686748.html>

⁹ Trambahn-Journal, Ausgabe 1/2023, Seite 70: <https://www.trambahn.de/trambahn-journal>

Verständlicherweise ist auch der Weiterbetrieb der A-Wagen nicht völlig kostenfrei zu haben. Neben den laufenden Kosten für Wartung und Instandhaltung ist wohl ab 2025 zusätzlich eine nachgerüstete Sprühnebel-Löschanlage notwendig. Diese wird gerade sowohl bei den Wagen der Baureihe C1 nachgerüstet¹⁰ als auch bei den Wagen der Baureihe B eingebaut.¹¹ Warum nicht bei den Wagen der Baureihe A? Der Hersteller der Brandbekämpfungsanlage wirbt sogar in seiner aktuellen Broschüre mit einer in einem frühen Wagen der Baureihe A eingebauten Sprühnebel-Löschanlage¹² (erkennbar an der einen Haltestange im Einstiegsbereich, spätere Wagen und Wagen der Baureihe B haben zwei Haltestangen im Einstiegsbereich).

In der Antwort auf eine Stadtratsanfrage der ÖDP teilte die SWM im Jahr 2018 mit, dass größere Instandsetzungsarbeiten an den A-Wagen nicht erwartet werden, außer den „enormen“ Kosten für den Einbau der Brandbekämpfungsanlage, wenn die Wagen ab 2025 weiterbetrieben würden.¹³ Nun sind diese „enormen“ Kosten pro Wagen aber doch sicher nur ein Bruchteil der Kosten, die bei einer Neubeschaffung pro Wagen entstehen. Um hier Transparenz zu schaffen, soll der Kostenvergleich dem Stadtrat dargestellt werden.

Hinsichtlich der ungefähr gleichen Wartungs- und Betriebskosten der Wagen der Baureihen A und C sowie der weiteren Vorteile eines Weiterbetriebs der Wagen der Baureihe A verweisen wir auf die ausführliche Stadtratsanfrage der ÖDP vom 26.03.2018 mit detaillierten Quellenangaben in den Fußnoten.¹⁴ Ergänzend weisen wir aber darauf hin, dass seit 2018 die Rohstoffpreise enorm gestiegen sind und die Weiternutzung von Fahrzeugen aus Gründen der zur ihrer Herstellung und ggf. Entsorgung benötigten „grauen Energie“ massiv an Bedeutung gewonnen hat. Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter konnte in seiner Ansprache zum 50. Geburtstag der Münchner U-Bahn im Jahr 2021 angesichts der U-Bahn-Flotte mit vielen Fahrzeugen der ersten Generation verkünden: „Wir sind in München extrem nachhaltig.“¹⁵ Dass die A-Wagen auch optisch weiterhin mit dem Mainstream kompatibel sind, zeigt sich unter anderem daran, dass Fotoaufnahmen davon für die Berichterstattung über das aktuelle Deutschlandticket gängig Praxis sind.¹⁶ Auch stellt die MVG in einem selbst produzierten Video aus dem Jahr 2020 überzeugend die Vorteile des A-Wagens dar und endet mit der Aussage „Also, I fahr den A-Wagen immer noch gern und I bin ganz froh, dass man noch ham“.¹⁷

Tobias Ruff
Fraktionsvorsitzender
Stadtrat

Sonja Haider
Verkehrspolitische Sprecherin
Stadträtin

Nicola Holtmann
Umweltpolitische Sprecherin
Stadträtin

Dirk Höpner
Planungspolitischer Sprecher
Stadtrat

¹⁰ <https://cideon-engineering.com/de/umruetzung-der-muenchner-u-bahn>

¹¹ Trambahn-Journal, Ausgabe 1/2023, Seite 71: <https://www.trambahn.de/trambahn-journal>

¹² S. 11:

https://rail.wagnergroup.com/fileadmin/user_upload/documents/brochure/industry_solutions/WAGNER_Rail_Broschuere_DE.pdf

¹³ StR-Anfrage 14-20 / F 01158, Antwort S. 6, unter: <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/4901956?dokument=v5070793>

¹⁴ StR-Anfrage 14-20 / F 01158, unter: <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/4901956?dokument=v4901989>

¹⁵ SZ Nr. 243 vom 20.10.2021, S. R4: Andreas Schubert: Kritische Töne zum Jubiläum

¹⁶ <https://assets.deutschlandfunk.de/8a9bb662-c8a1-4818-aa76-26b90f692d4c/1920x1080.jpg?t=1665929762342>

¹⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=7wZxKt-mnKU&list=PL2GMwqd5p-2v2Hq2LAdpuk19UjmiiLxYw&index=12>

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 24.01.2024

Antrag:
Gebiete der städtischen Grünanlagen auf städtischer Internetseite anzeigen

Eine kartographische Darstellung der Lage und Grenzen der städtischen Münchner Grünanlagen wird online über www.muenchen.de veröffentlicht. Die Münchner Grünanlagensatzung wird auf geeignete Weise mit der Karte verlinkt.

Begründung:

Die Münchner Grünanlagensatzung regelt das Verhalten in den Grünanlagen, um die Grünanlagen zu schützen und dort ein auskömmliches Verhältnis zwischen allen Nutzerinnen und Nutzern zu gewährleisten. Zweckmäßigerweise sollten die Münchnerinnen und Münchner daher schnell ermitteln können, ob sie sich in einer städtischen Grünanlage aufhalten und wie dort die Spielregeln sind.

Die Münchner Grünanlagensatzung bestimmt, einen Schreibfehler inklusive, in § 1 Abs. 2: „Die Grünanlagen im Sinne dieser Satzung sind im Grünanlagenverzeichnis (Anlage 1) aufgeführt. Die genauen Grenzen ergeben sich aus dem als Anlage 2 beigefügten Übersichtslageplan des Baureferats (Gartenbau) vom 23.04.2012 (Maßstab 1:5.000). Beide Anlagen sind Bestandteil dieser Satzung und können während der Geschäftszeiten im Baureferat (Gartenbau), Friedenstraße 40, 81671 München eingesehen werden.“: <https://stadt.muenchen.de/rathaus/stadtrecht/vorschrift/810.pdf>

Im nicht mehr ganz so neuen Zeitalter des Internets sollte es gängiger Service sein, den Einwohnerinnen und Einwohnern dieser Stadt derartige Informationen nicht nur bei Vorsprache im Amt, sondern auch online auf der Internetseite der Landeshauptstadt München anzubieten.

Auf der Unterseite des Baureferates von www.muenchen.de findet sich aber weder eine Verlinkung zur Satzung noch zu einer kartographischen Darstellung der Lage und Grenzen der Grünanlagen: <https://stadt.muenchen.de/infos/muenchner-parks-gruenanlagen.html> .

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung ist hier schon zwei Schritte weiter und bietet über seine Unterseite nicht nur einen Link zur Baumschutzverordnung an, sondern auch einen Link zum GeoPortal München, einschließlich Anleitung, wie man sich auf der dortigen Karte mit drei Klicks die Gültigkeitsgebiete der Baumschutzverordnung anzeigen lassen kann: <https://stadt.muenchen.de/infos/baumschutz-muenchen.html>

Das Baureferat wird gebeten, hier rasch gleich zu ziehen, und zusätzlich möglichst auch die Internetlinks in der einschlägigen Satzungsvorschrift der Grünanlagensatzung mit anzugeben.

Tobias Ruff
Fraktionsvorsitzender, Stadtrat

Nicola Holtmann
Umweltpolitische Sprecherin, Stadträtin

Sonja Haider, Stadträtin

Dirk Höpner, Stadtrat

MITGLIEDER IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Gabriele Neff
Fritz Roth
Richard Progl



FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

23.01.2024

Anfrage
Schlagloch-Pisten – Die neue Masche der Stadt, um Autofahrer auszubremsen?

Immer mehr Hauptverkehrsstraßen in München gleichen Schlaglochpisten und Hindernis-Parcours. Frostschäden und aufgeplatzte Stellen werden nur notdürftig repariert. Die entstehenden „Flickenteppiche“ sind umso anfälliger für neue und sich vergrößernde Schäden. Auf der Heinrich-Wieland-Straße wurde wegen des maroden Asphalts schon das Tempo auf 30 km /h gedrosselt.



Heinrich-Wieland-Str. Fotos: Richard Progl

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Gibt es außer der Heinrich-Wieland-Straße aktuell noch weitere Beispiele in München, wo wegen des schlechten Zustands des Straßenbelags die zulässige Geschwindigkeit gedrosselt werden musste? Wenn ja, welche sind das?
2. Wann werden diese Straßen repariert, so dass wieder das ursprüngliche Tempo gefahren werden darf?
3. Beabsichtigt die Stadt, auf diesem Weg Autofahrer „auszubremsen“ und Tempo 30 beizubehalten wo es nach der StVO nicht vorgesehen bzw. nicht möglich ist? Ist das reduzierte Tempo politisch gewollt?
4. Wieviel Budget p.a. ist für den Straßenbauunterhalt eingeplant, um eine regelkonforme und verkehrssichere Nutzung dauerhaft zu gewährleisten?

Stadträte:

Prof. Dr. Jörg Hoffmann (Fraktionsvorsitzender)
Gabriele Neff (stellv. Fraktionsvorsitzende)
Fritz Roth
Richard Progl

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Mittwoch, 24. Januar 2024

U2: Keine U-Bahn im Abschnitt Hauptbahnhof – Hohenzollernplatz an Wochenenden

Pressemitteilung MVG

Tierpark-Kuratorin Lena Bockreiß führt EEP für Vikunjas

Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

MVG Information für die Medien

24.1.2024

U2: Keine U-Bahn im Abschnitt Hauptbahnhof – Hohenzollernplatz an Wochenenden

An den U-Bahnhöfen Hohenzollernplatz, Josephsplatz und Theresienstraße sanieren die Stadtwerke München (SWM) seit Ende des vergangenen Jahrs die Wände hinter den Gleisen. Aus diesem Grund muss die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) den Betrieb auf dem Abschnitt Hauptbahnhof – Scheidplatz der Linie U2 sowie auf der U8 zeitweise einschränken.

U2 im Abschnitt Feldmoching – Hohenzollernplatz sowie Messestadt Ost - Hauptbahnhof

An sieben Wochenenden im Zeitraum von Freitag, 26. Januar, bis Sonntag, 17. März, gilt das folgende Konzept. Das Faschingswochenende ist ausgenommen.

- Jeweils von Freitag, ca. 22:30 Uhr bis Betriebsende am Sonntag ist der Abschnitt **Hohenzollernplatz – Hauptbahnhof gesperrt**, dort kann keine U-Bahn fahren.
- Die **U2** fährt im Abschnitt Feldmoching – Hohenzollernplatz und im Abschnitt Messestadt Ost – Hauptbahnhof jeweils alle 10 Minuten.
- Die **U8** fährt samstags nur im Abschnitt Neuperlach Zentrum – Hauptbahnhof.
- Fahrgäste können zwischen Scheidplatz und Sendlinger Tor auf die **U3** ausweichen. Im Abschnitt Sendlinger Tor – Hohenzollernplatz – Petuelring bietet die **Tram 27** eine Alternative. Im Abschnitt Universität (U3/U6) – Josephsplatz – Nordbad (Tram 27, fußläufig vom Hohenzollernplatz) können Fahrgäste auf die **Buslinien 153 und 154** umsteigen. Der **Bus 153** fährt im genannten Zeitraum sogar zu erweiterten Betriebszeiten von ca. 4 Uhr bis ca. 2:30 Uhr. Außerdem bietet sich im Abschnitt Hauptbahnhof (U1/U4/U5/S-

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

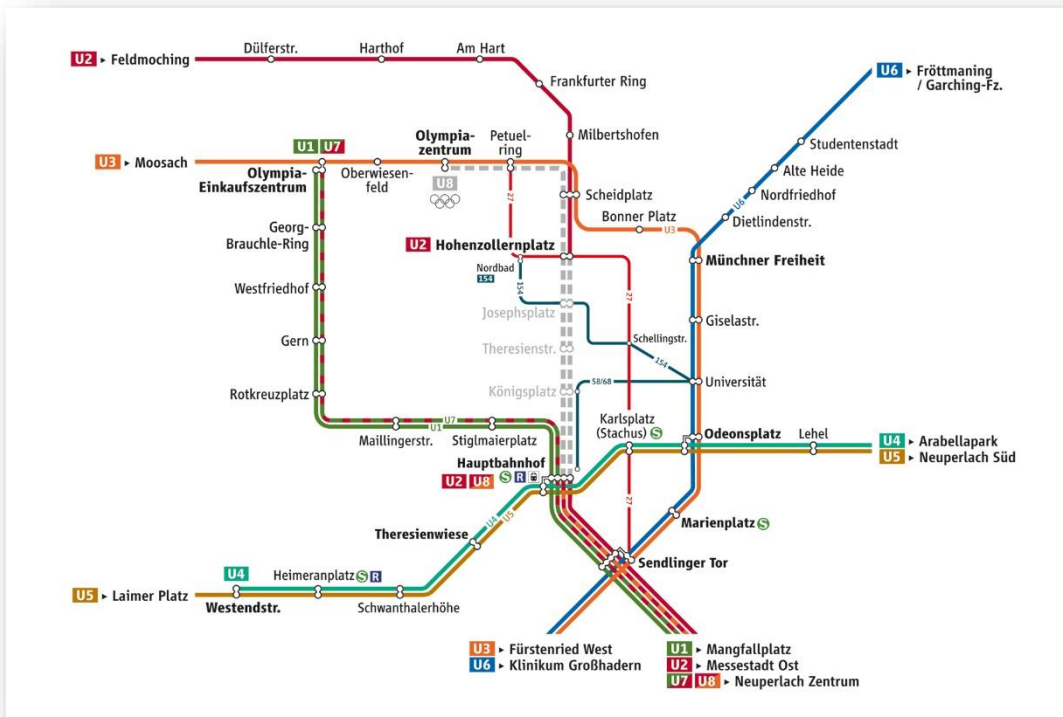
Ansprechpartner

Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

Bahn – Königsplatz – Universität (U3/U6) – Ostbahnhof (U4/U5/S-Bahn) der **CityRing 58/68** als Alternative an.

- Am Faschingswochenende von **Freitag, 9. Februar, bis Sonntag, 11. Februar**, fahren die Züge regulär.



Bündelung mehrerer Arbeiten

Im Zuge der Sanierungsarbeiten hat sich herausgestellt, dass die Wandfarbe, die unter der Fassade zum Vorschein gekommen ist, nur mit mehr erheblichem Mehraufwand als im Zuge der Planung veranschlagt war, entfernt werden kann. Um die Bauarbeiten zügig und ohne größere Auswirkungen auf den Berufsverkehr abzuschließen, wurde die ursprünglich vorgesehene Sperrzeit um zunächst ein Wochenende verlängert. Voraussichtlich müssen die Arbeiten und damit auch die Sperrung in den Osterferien fortgesetzt werden.

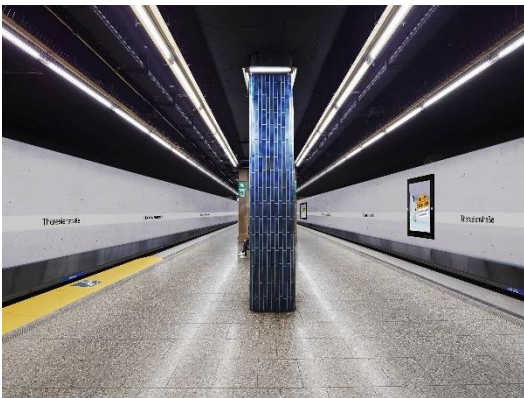
Die Zeit der Sperrung wird außerdem dazu genutzt, weitere Maßnahmen umzusetzen, die sonst gesonderte Einschränkungen benötigen würden. So werden

MVG Information für die Medien

im Schatten der Wandsanierung parallel rund 450 Meter Schienen zwischen Königsplatz und Hauptbahnhof getauscht sowie diverse Instandsetzungsarbeiten im Abschnitt Theresienstraße – Königsplatz durchgeführt. Im Abschnitt Hauptbahnhof – Hohenzollernplatz wird außerdem noch die Feuertrockenlöschleitung verlängert.

Alte Wände in neuem Glanz

Die Sanierung der Wände ist notwendig, weil die Fassaden das Ende ihrer Lebensdauer erreicht haben. Dazu wird die Verkleidung an den Wänden entfernt und die Fassade gereinigt und instandgesetzt. Im Anschluss daran werden die Wände dann in einer neuen Optik wiederhergestellt. Bei der Gestaltung legen SWM und MVG Wert darauf, dass der individuelle Charakter der Bahnhöfe insbesondere in der Farbgebung erhalten bleibt.



Visualisierung der U2-Bahnhöfe Theresienstraße (l.) und Hohenzollernplatz.

Die MVG informiert ihre Fahrgäste außerdem mit Aushängen, Tickertexten und Durchsagen über die Änderungen. Infos zum Betrieb und Verbindungsauskünfte gibt es auf mvg.de sowie in der App MVGO.

Pressemitteilung

Tierpark-Kuratorin Lena Bockreiß führt EEP für Vikunjas

Seit dem 1. Januar 2024 führt die zoologische Kuratorin und Biologin Lena Bockreiß das Internationale und das Europäische Erhaltungszuchtprogramm für Vikunjas und stellt sich die Frage: Wer mit wem und wie oft? Denn mit dem ISB und dem EEP wird von Hellabrunn aus die Zucht von Vikunjas in Zoos weltweit koordiniert.

Vikunja? Was war das nochmal für ein Tier? Oft werden die hellbraunen Neuweltkamele mit Alpakas verwechselt. Mit denen sind sie zwar verwandt, Alpakas jedoch sind Haustiere, während Vikunjas in sehr hohen Lebensräumen leben – mit bis zu 5000 Metern über dem Meeresspiegel sind sie die am höchsten lebenden Huftiere. Im Tierpark Hellabrunn leben aktuell drei Vikunjas gemeinsam mit Wasserschwein, Darwin-Nandu und Pampashase auf der Südamerika-Anlage.

Weltweit gibt es 322 Vikunjas (Stand Ende 2022) in zoologischen Gärten, genauer, in 81 Zoos oder Tierparks. Daten und Fakten über diese Tiere werden in einem EEP (Europäisches Erhaltungszuchtprogramm), registriert, welches seit 1. Januar 2024 im Tierpark Hellabrunn gemanagt wird. Denn Kuratorin und Biologin Lena Bockreiß ist seit kurzem EEP- und ISB- (International Studbook) Koordinatorin für Vikunjas. Sie übernimmt das Zuchtbuch vom langjährigen Koordinator Dr. Christian R. Schmidt.

Das heißt, bei ihr werden nun sämtliche Daten über im Zoo lebende Vikunjas gesammelt. Aber nicht nur Daten werden ermittelt, Lena Bockreiß gibt künftig auch Zucht- und Transferempfehlungen ab. Sie hat damit den Überblick darüber, welche Vikunjas sich untereinander fortpflanzen können und in welchen Zoos wie viele Tiere welchen Geschlechts leben. „Es ist sehr wichtig, dass die genetische Vielfalt erhalten bleibt und zusammengesetzte Gruppen in optimaler Haltung leben. Außerdem werden jährlich Transfer-Vorschläge unterbreitet, die auch Transport- und grenzüberschreitende Veterinärprobleme berücksichtigen“, erklärt Lena Bockreiß.

Nur vier Hengste und acht Stuten, die zwischen 1949 und 1971 aus Südamerika importiert wurden, begründeten die heutige gesunde Zoopopulation von rund 300 Vikunjas. Damit dies so bleibt, ist die Führung eines Zuchtbuches unerlässlich. Aber nicht nur Daten zu Zucht- und Transfer-Empfehlungen werden im Rahmen eines EEPs ermittelt. Dr. Christian R. Schmidt, der von 1985 bis 2023 das Vikunja-Zuchtbuch führte, fand heraus, dass die hauptsächliche Geburtssaison in der Nordhemisphäre von August bis Oktober sich gegenüber derjenigen in der Südhemisphäre um genau sechs Monate verschoben hat. Sogar in der 6. Zoogeneration werden knapp 80 Prozent aller Vikunja-Jungtiere vormittags geboren. Genau wie im natürlichen Lebensraum von Vikunjas, wo diese Geburtszeit überlebenswichtig ist.

„Alle Daten, die wir durch das EEP registrieren, dienen letztendlich den Tieren und dem Wissen über die Art“, so Lena Bockreiß und weiter: „Aktuell sind Vikunjas laut Roter Liste der IUCN zwar nicht gefährdet, sie waren jedoch in den 1960er-Jahren stark bedroht. Dank internationaler Bestrebungen und Zuchterfolgen in Zoos hat sich auch der Bestand in der Natur gut erholt.“

Neben dem EEP für Vikunjas koordiniert der Tierpark Hellabrunn das Monitoring, sozusagen eine Vorstufe des Zuchtbuches, für Leopold-Stechrochen sowie das ISb und bis 2023 das EEP für den Drill. Insgesamt gibt es für über 400 Tierarten EEPs.

„Dank eines gut geführten EEPs, das gesunde Tiere und einen optimalen Genpool gewährleistet, können wir als Tierpark auch dazu beitragen, Tiere zur Bestandsstützung bzw. zur Wiederansiedelung zur Verfügung zu stellen. Das ist aktiver Artenschutz und die wichtigste Säule eines wissenschaftlich geführten Zoos“, ergänzt Tierparkdirektor Rasem Baban.

München, 24.01.2024 / 03

Weitere Informationen:

Lisa Reiningger
Pressesprecherin
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 62508-718
Fax: +49(0)89 62508-52
Email: presse@hellabrunn.de
Website: www.hellabrunn.de

Münchener Tierpark Hellabrunn AG

Vorsitzende des Aufsichtsrates:
Verena Dietl, 3. Bürgermeisterin
Vorstand: Rasem Baban
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751